

unterdrücken".

Institutionelle Veränderungen

In Bezug auf institutionelle Veränderungen sagte der Minister, die kanadische Regierung würde allen Organen der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie ist, ihre volle Unterstützung gewähren; "sie würde jede Neigung zur Boykottierung von Einrichtungen der Vereinten Nationen ebenso bedauern wie die einseitige Minderung von festgelegten Beiträgen zu VN-Organisationen, selbst wenn ein Teil ihrer Tätigkeit von einigen Staaten womöglich als schädlich oder ordnungswidrig angesehen wird Wie dem auch sei, wir glauben, daß es unklug ist, eine Abstimmung über Resolutionen zu Problemen erzwingen zu wollen, denen die Mitglieder in zwei völlig getrennten Lagern gegenüberstehen. Kanada bedauert es zum Beispiel, daß der Kampf gegen rassistische Diskriminierung, über den weitgehend Übereinstimmung herrscht, mit dem Zionismus gekoppelt wird, über den die Meinungen weit auseinandergehen. Falls diese Verkopplung beibehalten würde, wird meine Regierung an der für 1978 vorgesehenen Konferenz über rassistische Diskriminierung nicht teilnehmen."

Frieden und Sicherheit

Auf Südafrika eingehend, zollte Herr Jamieson "der von Geduld geprägten Diplomatie des amerikanischen Außenministers" Tribut und begrüßte "die augenscheinliche Sinnesänderung in Salisbury und Pretoria", die Dr. Kissinger offenbar erreicht hat. Auch die kanadische Regierung ist der Meinung, sagte er, daß die baldige Unabhängigkeit von Namibia und Rhodesien auf der Basis einer Mehrheitsregierung für den Frieden von Afrika notwendig ist. Kanada "ist ferner der Überzeugung, daß auch Südafrika den legitimen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen der Mehrheit der Südafrikaner nachkommen muß, die von der praktisch einstimmigen Mehrheit dieser Versammlung unterstützt wird", wenn ein dauerhafter Friede auf der Grundlage rassistischer Harmonie erreicht werden soll.

Über den Nahen Osten sagte der Minister: "Letztes Jahr um diese Zeit gab es Grund zur Zuversicht, weil Ägypten und Israel über den Abzug ihrer Truppen von der Sinai-Halbinsel ein vorläufiges Abkommen schlossen". Er hoffe auf weitere Verhandlungen, die zu einem Friedensvertrag führen würden, welcher die legitimen Anliegen und Interessen des palästinensischen Volkes berücksichtigt. "Kanada", so stellte Herr Jamieson fest, "wird weiterhin seinen Beitrag zu den Friedenstruppen in diesem Gebiet leisten".

Bezüglich des Terrorismus unterstützt Kanada den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland, das Vorgehen gegen Geiselnahme vordringlich zu behandeln und "unbedingt ein internationales Übereinkommen zu erzielen, das die Bestrafung aller an solchen Handlungen Beteiligten sicherstellt, wo sie auch Zuflucht suchen mögen". Er erinnerte die Delegierten daran, daß es bereits Abkommen gegen das Luftpiratentum gibt und daß, wenn alle Staaten sie ratifizierten, "wir sicher sein könnten, daß die Flugzeugentführungen aufhören würden".

Herr Jamieson sagte weiter, daß die Probleme bei den Abrüstungsmaßnahmen und der unbefriedigende Fortschritt auf diesem Gebiet immer noch eine ernste Bedrohung des Friedens und der Ordnung in der Welt darstellen. In dieser Beziehung wäre Kanada bereit, den Vorschlag einer Abrüstungs-Sondersitzung der Vollversammlung im Jahr 1978 "wohlwollend" zu erwägen; aber die Mitglieder müßten bereit sein, ihre Anstrengungen zur Überwindung der Differenzen erheblich zu steigern. "Jetzt, in der Mitte des Abrüstungs Jahrzehnts, teilen sich alle Mitglieder dieser Organisation in die Verantwortung, die wahren Widerstände gegen einen Fortschritt anzugehen. Aber das Schwergewicht dieser Verantwortung fällt auf die

(Schluß auf Seite 6)